

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheint am 25. Tage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 12. September 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 M. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 30 M. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 106

Bekanntmachung

Der Bezugspreis für den „Korrespondent“ im vierten Vierteljahr 1922

Infolge der unsern Mitgliedern hinlänglich bekannten Steigerung der Papiers- und Druckkosten sowie Postgebühren sah sich der Vorstand verpflichtet, den Bezugspreis für den „Korr.“ vom 1. Oktober d. J. an auf

36 M. für das Vierteljahr

festzusetzen. Damit jedoch auch fernerhin allen unsern Mitgliedern der Bezug ihres Verbandsorgans erleichtert und den Gauen bzw. Bezirken oder Mitgliedschaften die Aufrechterhaltung des Obligatoriums ermöglicht wird, vergütet die Verbandskasse auf jedes abonnierte Exemplar 30 M. in der Weise, daß die Postquittung bei der Beitragszahlung mit 30 M. (bei zweimonatlichem Bezuge mit 20 M., bei einmonatlichem Bezuge mit 10 M.) an Geldesstatt in Zahlung genommen wird. Durch die von den Abonnenen aus den Kreisen unserer Mitglieder zu tragenden 6 M. für das Vierteljahr werden lediglich die Postgebühren gedeckt.

Wir hoffen, daß unsere Mitglieder und Funktionäre dieser in Anbetracht der ganzen Verhältnisse unerlässlichen Maßnahme des Vorstandes das notwendige Verständnis entgegenbringen.

Berlin, den 7. September 1922.

Der Vorstand

Die Lage der Gehilfenschaft

Was in dem Artikel „Das neue Lohnabkommen und die Marktauftropfen“ am 29. August hier gesagt wurde, hat zu einem wesentlichen Teil auch Geltung für die Betrachtungen. Ein Umstand, auf den wir großen Nachdruck gelegt hatten, weil er als unabwendbare Notwendigkeit angesehen werden mußte, ist freilich ganz entfallen: frühere Verhandlungen des Tarifausschusses als am 14. September und behelfsmäßige Vorbatterung der Septemberrate des Lohnabkommens vom August. Die Gehilfenschaft hat alles aufgegeben, dazu zu kommen. Die andere Seite aber hat gebaltener Umfrage bei den Hauptfunktionären ablehnend darauf geantwortet. Die vorgebrachten Gründe sind in voriger Nummer unter dem Abschnitt „Buchdruckunternehmensrat“ angedeutet worden. Ihr Kern geht dahin: Herleitende Krisis, Geldverknappung und Kapitalmangel. Was dagegen zu sagen ist, geschah auch in Nr. 105; was von den vorgebrachten Argumenten anerkannt werden muß, an gleicher Stelle in dem Teile „Seltungsgewerbe“. Das Weitere wird sich im Tarifausschuss abspielen. Hier können nur einige Momente noch Anführung finden. Das Wichtigste ist, daß das Kreisamt II in seiner Sitzung vom 1. September zu folgender Stellungnahme gelangte:

Die heutige Kreisamtsitzung beschließt einstimmig folgendes: Den Prinzipalen wird auf das dringendste empfohlen, neben den tariflichen Bezügen den Gehilfen und Hilfsarbeitern einen Betrag von 600 M. zur Steigerung der wirtschaftlichen Not zu bewilligen, der in der Lohnklasse C in Dreien mit 25 Proz. Vorkauszahlung für verheiratete Gehilfen die genannte Summe ausmacht und für die übrigen Gehilfen und Hilfsarbeiter gemäß den tariflichen Bestimmungen gestaffelt wird.

Der entfallende Betrag soll zunächst am 5. September ganz, wo das wegen Schwierigkeiten der Geldbeschaffung nicht möglich ist, in zwei gleichen Raten am 5. und 12. September zur Auszahlung gelangen. Die Verbringer erhalten 10 Proz. von der Summe für Verheiratete in der Altersklasse C. In den letzten Wochen örtlich oder

betriebsweise ausgesprochene Bewilligungen werden angerechnet.

Die Vertretung der Prinzipalität des Kreises II, die sich auch für den sofortigen Zusammentritt des Tarifausschusses ausgesprochen hatte, ist also, ungeachtet der von dieser Seite schon oft gehörten Klagen über die Belastung durch die dort bestehenden Sonderzulagen, zu der Erkenntnis gekommen, daß ein außerordentlicher wirtschaftlicher Notfall infolge der hochgehenden Feuerungswogen anzuerkennen ist und hat sich deshalb zur Bewilligung einer Wirtschaftsbeihilfe entschlossen. In Rheinland-Westfalen zeigen sich in der Großindustrie schon stärkere Erscheinungen der wirtschaftlichen Krise, trotzdem haben die Prinzipale eingesehen, daß etwas zur Milderung der im Schnellzugstempo antretenden Not geschehen muß. Die Prinzipale von Duisburg hatten zuvor schon 1000 M. extra bewilligt und erklärt, das letztmalige Berliner Verhandlungsergebnis sei durch die gleich danach eingetretene Marktauftropfen völlig überholt. In Essen waren auf dem Verhandlungswege 1200 M. herausgesprungen, während in Solingen, Wald und Ohligs durch einen kurzen Streik an Stelle der geforderten 100prozentigen Lohn-erhöhung 50 Proz. erreicht waren, die laut Vereinbarung jetzt nicht zur Anrechnung kommen. Vielleicht ist auch an anderen Orten noch vor der Kreisamtsitzung etwas erzielt worden; von Hagen erlauben wir so etwas nachträglich. Es ist freilich auch manches schief gegangen, wofür verlebte Taktik nicht zuletzt in Betracht kommt.

Mag im Kreise II der Abstand zwischen den Köpfen der Buchdrucker und der übrigen Arbeiter etwas größer und der Feuerungsgrad um einiges höher sein als in Deutschland allgemein, wer die neue Art der Einwände von den Prinzipalführern kennt, weiß, daß es sich nicht darum handelt. Man erklärt nämlich jetzt: Wir bezweifeln nicht, daß alles so teuer geworden ist, und daß andre Arbeitergruppen mehr verdienen, aber wir können nicht weitergeben, es fehlt an . . . (Dann steigt ein variationsreiches Ständespiel.) Das von den Prinzipalen in Rheinland-Westfalen jetzt gegebene Beispiel ist also der Ablehnungsmethode der Mehrheit und den Gepflogenheiten des Mühlendamms bei den Beratungen im Tarifausschuss eine ganz deutliche Abfolge! Die offiziellen wie die örtlichen Abwimmelungspraktiken können genau so auch im Kreisamt II von den Prinzipalen zur Anwendung gebracht worden sein mit der Erklärung: Wir können einfach nicht. Aber die Stellungnahme der rheinisch-westfälischen Buchdruckunternehmer besag etwas ganz anderes, nämlich: Man kann, wenn man will!

Die Abstimmung unter den Vorständen des DBV über das Verlangen der Gehilfenschaft kennen wir nicht im einzelnen, eine sich in den Gegensatz zum Kreise II stellende Mehrheit ist ja aber nicht zu bestreiten. Bei dieser wird die sogenannte Provinz wieder das Zielgewicht bilden, wenn sie auch nicht ausschlaggebend gewesen sein mag. Es blies ja die Großen zum Teil mit in das Trübsalshorn der Kleinen, um Deckung für die eignen wahren Absichten zu haben.

Mit der Provinz, d. h. mit den sehr vielen Kleinbetrieben draußen, die zum großen Teil jetzt um die Erlösung von Lokalbüttern zu kämpfen haben, ist es ein Kreuz. Die Bedenker-Leute haben sich jetzt an alle Provinzdruckereien herangemacht mit einer Urabstimmung über die Schaffung eines Provinzlohntarifs. Der Ausfall derselben ist noch nicht bekannt. Man kann aber mit so viel Zustimmung rechnen, daß die Oppositionsführung bei den Prinzipalen sich zur Zustimmung des neuen Rates entschließen dürfte. Die Lage der Gehilfenschaft in der Provinz zu verschlechtern, ist als Zweck der ganzen Übung anzusehen. Die Gehilfenschaft hat aber das lebhafteste Interesse daran, das Gegenteil herbeizuführen. Gewisse Umstände und Gebundenheiten für die Kollegen in den kleineren Orten, auch die gegenwärtig vor sich gehende Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation und der in unserm Gewerbe, sind von unterschiedlicher Bedeutung für die Absichten einerseits (Verbesserung) und das Vorhaben andererseits (Verschlechterung). Man erkenne

also an, daß es nicht leicht ist für die Gehilfenvertretung, das Ganze zusammenzubalten, und stelle sich auf den Standpunkt, dieser mit Nachdruck zu betretenden Notwendigkeit von jedem einzelnen Förderung angeheben zu lassen. Die Zeit der billigen Kritik an dem, was die Gehilfenvertreter durchzuführen vermögen, ist vorbei. Das mögen nun auch die Kollegen in den mittleren und in den großen Druckstädten bedenken.

Die Lage im Gewerbe, von der die Lage der Gehilfenschaft nicht etwa einfach zu trennen ist, erfordert aber auch nach einer Seite Wachsamkeit, welche hier nur kurz berührt werden soll, da die eingetretene Verhältnisse hierüber einen besonderen Artikel notwendig machen. Die uns zugehenden Nachrichten über Einführung der Kurzarbeit und über Vornahme von Entlassungen erheischen genaueste Beachtung der gesetzlichen Rechte der Arbeiter in solchen Fällen. Auch die Schutzbestimmung gegen Stilllegung von Betrieben ist einem neuen Studium zu empfehlen. Betriebsräte und Vertrauensmänner müssen jetzt stramm auf dem Posten sein. Man weiß es von der größeren Arbeitslosigkeit vor zwei Jahren, daß da mancher Schachzug verliert wurde, der nach geltendem Recht ohne weiteres unzulässig ist.

Die Lage der Gehilfenschaft stellt jetzt aber auch noch andre Erfordernisse. Zwischen der letztmaligen Tagung des Tarifausschusses und seinem Wiederzusammentritt liegen Vorgänge, auf die gerade die am wichtigsten sein zu sein brauchen, die am lautesten in die Entlassungsstempel blies. Das außerordentliche Bedürfnis einmal von dem Augenbilde der gewerkschaftlichen Wirklichkeit abzuweichen lassen, in der Ableitung schimmertes noch nicht, wenigstens wir immer und stets dagegen austreten werden aus allen Erfahrungen heraus. Das aber im Vordergrund wie im Draußengehen manchmal gar keine Überlegung vorhanden ist und dadurch der Rückschlag unermesslich wird, ist gerade für unsere Organisation, deren Führung von jeder auf die Vermiedung von Niederlagen bedacht war, sehr beklagenswert. Wer die Masse des Streiks so abstumpft wie z. B. in Frankfurt a. M. und in Eberfeld, der bringt die ganze Organisation der andern Partei gegenüber um den Kampftrieb. In der Mainfränkischen die Opposition dadurch ja auch bei der Kollegenschaft tüchtig verpöcht. In Eberfeld aber ist es unter des glücklichen Wortmanns Regie zu einer so eklatanten Niederlage gekommen, daß man hoffen darf, ihn endlich erkannt zu haben. Die scharfe Kennzeichnung durch einen eingehenden Artikel im „Korr.“ vor längerer Zeit hat dazu noch nicht genügt. Er fand ja noch auf der Leipziger Generalversammlung Verteidiger von eigentlich am besten orientierter Seite. Erst mußte noch diese Seldentat von Wortmann vollbracht werden mit einer nachfolgenden Biberlei gegen die Organisation, die ihm schadenlich tucht. Bei der Firma Lucas nämlich, wo Wortmann seine Kandidatur auf eigenartige Weise angenehm zu machen trachtete, wollten etwa 30 Mitglieder nach der wirklich nicht zuletzt von Wortmann verschuldeten Niederlage aus dem Verband austreten. Man hält ihn für den Urheber dieser imprudenten Stucht aus der Organisation. Die Irreführungen wurden aber noch anderer Meinung, ehe es zu spät war; sie wollten bis auf einige wenige Überfälle nun wohl dem Wortmann selbst die Konsequenz von seinen Worten überlassen, der ja den Verband mit einer „Kassette“ verwechselt, wo es auch immer hinein- und herausgeht. Wenn man berücksichtigt, daß Wortmann an sich kein Vertrauen in der Eberfelder Mitgliedschaft genießt, denn weder zur Generalversammlung noch zu dem bevorstehenden Sonntag hat man ihn als Kandidaten gesehen, daß er wohl aber Anhang findet, um alles drunter und drüber gehen zu lassen, dann kann man die Dinge in Eberfeld einfach nicht verstehen. Jedenfalls ist vor solchen und ähnlichen wilden Attacken in der jetzigen Situation auf das ernsteste zu warnen. „Strategen“ wie Wortmann, Ulrich usw. werden der Prinzipalität unbezahlbare Handlanger abgeben. Wir empfehlen vielmehr einige Säbe aus der in Frankfurt a. M. erscheinenden „Nachbesserung“ vom 9. September zur Beherrschung. Da wir selbst schon genug dergleichen ausgesprochen haben:

Alber darin muß sich unsere Schulung, unsere Disziplin, unsere gegenseitige Hilfe am besten zeigen, daß nicht durch Folgen des Unmuts für einen kleinen Teil Verbesserungen erzielt werden, dem andern aber die Schutzwehr vor den Füssen wegschnappt.

Der Erfolg des einen Teiles darf nicht beruhen auf dem Untergang des andern. Nun wir das, dann lebe wohl Solidarität; lebe wohl alles, was wir mühsam aufbauen.

Wie mühsam ist auch in unserer Organisation aufgebaut worden! Was würde schon eingetretten sein, wenn nur die Notlagen der verhandelnden Prinzipale oder die bis zur Rippelei biswellen gegangenen Schreibereien von polsternden Artikeln in der „Zeitschrift“ entscheidend gewesen wären? Der Untergang des Gewerbes ist so oft an die Wand gemalt worden, daß jetzt keine Maus mehr von der einstmaligen Existenz der deutschen Buchdrucker-Schicht Zeugnis ablegen würde. Nun die Dinge ernstlich stehen, was nicht zu bestreiten ist, wenn es richtig wäre, daß im im August 144 Zeitungen und Zeitschriften eingegangen sein sollen, wie die „Frankfurter Zeitung“ schreibt, und daß auch sozialdemokratische Blätter jetzt mit daran kommen, wie wir während der Niederschneise dieses Artikels erfahren, da kann doch mit den schon verbrauchten Argumenten nicht viel Effekt gemacht werden. Man hat eben sich in eine Sackgasse hinein verirrt. Wenn es gegenwärtig auch überaus ist, die Herren Großverleger und Großdrucker finden noch am ehesten Mittel und Wege, den Umklamern der Preisschraube ohne Ende sich zu entziehen. Da ist jetzt z. B. unter Führung der Wollkämmlischen Maschinenfabrik in Plauen eine industrielle Neugründung für graphische Maschinen in Berlin zustande gekommen, die mit 30 Millionen voll eingesetztem Kapital die Ausnutzung amerikanischer Patente betreiben will. Dem Aufsichtsrat gehört der Herr Rudolf Mittelstein an und als allein zahlungsberechtigtes Vorstandsmitglied wird ein Direktor Graevenstein genannt, der bisher der Mittelstein-W.G. angehört. Also mit der Kapitalnot gerade der Wollen unter den Prinzipalen kann es nicht so schlimm bestellt sein.

Was aber vermag ein Buchdruckerhilfe, was ein Hilfsarbeiter, ein Zeitungsangestellter usw. zu tun, um sich vor der Feuerungsinstanz zu retten? Wie wirkt die Preisschraube ohne Ende auf diese armen Schlucker zurück, die es mit ihrem Reichtum mit jeder Kirchenmaus aufnehmen können? Wir haben uns eine Ausstellung von nur einigen Artikeln gemacht, die mit andern füglich in einem „Kurszettel der Hausfrau“ in dem Mittelstein-Blatt „Neue Leipziger Zeitung“ Aufnahme finden. Obwohl die Preise bei Veröffentlichung meistens schon wieder überhöht sind, wollen wir sie doch stellen lassen. Da ergibt sich nur bei einer Mengenzahl von einem Pfund, einem Alter oder einem Zentner (Stöbe) folgender Überblick der Preisgestaltung vom Augustlohnabkommen an, also während nur 17 Tagen:

Dollar- Kauf	Gett	Mar- garine	Stroh	Woll- garn	Mar- garine	Milch	Mar- garine	Grüne Boh- nen	Ähr- fleisch	Schwei- ne- fleisch	Ge- wöhn- liche Wurst	Kaffee	Bel- kettis
m.	m.	m.	m.	m.	m.	m.	m.	m.	m.	m.	m.	m.	m.
21. August	1168,53	160	120	9,50	50	8,25	18,80	3,80	12	90	130	150	230
22. "	1298,35	160	120	9,50	50	8,25	18,80	3,80	12	90	130	150	230
23. "	1438,20	180	140	9,50	50	8,25	18,80	4,--	12	90	130	150	230
24. "	1972,53	200	165	10,--	80	8,25	18,80	4,50	12	110	160	170	300
25. "	1847,68	260	165	12,--	80	8,25	18,80	5,--	14	110	160	180	300
26. "	1797,75	260	180	12,--	60	8,25	18,80	5,--	14	110	170	180	300
28. "	1448,18	260	220	14,--	66	8,25	18,80	5,--	14	110	180	200	300
29. "	1423,21	260	180	13,--	66	8,25	18,80	4,50	14	100	180	200	340
30. "	1548,06	260	190	13,--	66	8,25	18,80	4,50	14	100	180	190	340
31. "	1722,84	260	185	13,--	66	8,25	18,80	4,50	14	100	180	200	380
1. Septbr.	1298,37	260	185	14,--	66	8,25	25,--	4,50	14	100	180	200	380
2. "	1348,31	260	185	14,--	68	8,25	25,--	4,50	14	150	180	200	380
4. "	1460,--	240	185	15,--	65	8,25	25,--	4,25	16	100	170	200	400
5. "	1423,21	240	185	15,--	65	9,25	25,--	4,25	16	100	165	200	400
6. "	1248,43	240	185	15,--	65	9,25	25,--	4,25	17	100	170	200	600
7. "	1298,37	240	185	15,--	65	9,25	25,--	4,20	17	100	170	200	700
8. "	1423,21	260	190	15,--	65	9,25	25,--	4,20	15	110	170	220	700
Steigerung:		100	70	5,50	15	1,--	6,20	0,40	3	20	40	70	470
													168

Der Dollarstand ist hier immer nach dem gleichen Maß angegeben; es kommt die amtliche Berliner Schlussnotierung in Betracht. Am 25. August war bekanntlich mit vorübergehend 2400 der Wagnisrekord des Dollars erreicht. Aus der doch nur einen winzigen Ausschnitt des ganzen Preisgetriebes darstellenden Ausstellung ergibt sich unzweifelhaft, daß die Preise wohl mit dem Dollar steigen, zurückgehen darf der Dollar aber allein. Auch bei solchen Preisprüngen innerhalb nur 17 Tagen den Buchdruckern nicht der Atem ausgehen? Kann da nicht, wenn man in Betracht zieht, daß die Großhandelspreise von 98 Waren (Notiz „Das Feuerungsbarometer“ in voriger Nummer) allein von Anfang August bis dahin im September um 107,5 Proz. und gegen den Friedensstand gar um das 289fache sich erhöht haben, helle Verzweiflung ausbrechen bei dem Gedanken, was nun und was erst gar im Winter werden soll? Die Notizen sollen sich bald noch im Preise verdoppeln. Die Stadt Leipzig geht jetzt mit einer gleich 200prozentigen Verteuerung des Gases vor. Der Fahrpreis auf der Elektrischen soll zu gleicher Zeit um 66,6 Proz. verteuert werden. Für Winterkarosellen hört man von Preisen, die Schüttelfrost erregen. Ein Hilfsarbeiter der „Storr“-Druckerei sollte dieser Tage für ein

Paar gewöhnliche Schuhe 3500 M. bezahlen. Wie stark erhöhen sich zum 1. Oktober die Wohnungsklassen?

Was hat der Buchdrucker dieser ungeheuren Preisschraube entgegenzustellen? Darüber orientiert die nachstehende Gegenüberstellung der Mindestlöhne für Verbetraute in der Altersklasse C zur Friedenszeit und nach dem gegenwärtigen Lohnabkommen folgendermaßen:

Kategorie	Jahr 1912	Ab 1. Sept. 1912	Steigerung
27,50	1805	65,6fache	
28,19	1843	65,4	
28,87	1886	65,3	
29,56	1929	65,2	
30,25	1972	65,1	
30,94	2015	65,1	
31,62	2058	65,0	
32,31	2101	65,0	
33,--	2144	65,0	
34,38	2215	64,4	
Berlin	34,38	2253	65,5
Hamburg	34,38	2253	65,5

Wollte man hiernach den Durchschnittslohn der deutschen Buchdrucker berechnen, was unter Beachtung der daranliegenden Lohnklassen B, A und der Ledigen wie der in der Klasse C über Minimum bezahlten Verbetrauten wohl möglich ist, so wäre er für das Jahr 1912 mit 31,28 M. und nach dem momentanen Lohnabkommen mit 2039,50 M. zu nennen. Das würde eine nur 65,2fache Lohnsteigerung gegenüber der Friedenszeit bedeuten.

65,2fache Lohnverhöhung seit zehn Jahren, während denen sich die löstlichen Preisrevolutionen abgepielt haben, beim Nahaum gar auf den Gipfel brutalster Wuchererei mit lausenbacher Steigerung — so steht die von der „Zeitschrift“ entbedachte „Lohnschraube ohne Ende“ der Buchdruckergehilfen aus! Ist eine solche Schreiberlei nicht unverantwortlich? Sind denn die Tatsachen nicht schon aufreizend genug? Das Prinzipalsorgan kann sich bei solchen Provokationen ja zusammen mit der „Deutschen Arbeiterzeitung“, die am 6. August über „Unverantwortliche Lohnpolitik der Gewerkschaften mit Unterstützung des Reichsarbeitsministeriums“ einen heillosen Quatsch vom Stapel ließ, der in dem krisolosen Witz: „Im großen und ganzen kann man sagen, daß für die Sandarbeiter der Friedensgoldlohn erreicht ist“, sozusagen seinen Höhepunkt habe.

Da möchten wir doch hier kurz wiedergehen, was die Wiener Zeitung „Der Abend“ bei Ausbruch des letzten Kampfes dank der Öffentlichkeit über die Zustände im Buchdrucker- und Zeitungsgerwerbe in einem Vortrage aus einanderlegte:

Unsre Zeit ist überreich an Lohnkämpfen der Not und der Verzweiflung, aber selten wird es einen gegeben haben, der von den Unternehmern so mutwillig und

betrachten, muß gesagt werden, daß sich die Unternehmerschaft keineswegs auf schlechten Geschäftsgang oder unzureichende Preise berufen kann. Sehr wenige Druckereien ausgenommen — und zwar sind das zum Teil solche, wo Abfälle im Betriebe die Schuld am schlechten Geschäftsgange tragen — sind die Wiener Druckereien ausreichend beschäftigt. Auch haben sie es, wie jeder Unternehmer, verstanden, Erhöhungen der Selbstkosten auf die Kundenschaft zu überwälzen. Man weiß, was heutzutage Bücher kosten, und man weiß es von jeder Druckerei, möge es sich nun um Beluchskarten, Briefpapier oder höher bemerzte Arbeiten handeln.

Das hat, bis auf den Kriegsfall selbst, solche Ähnlichkeit mit der Situation bei uns, daß man diese Karte, aber würdige Anklagerebe eines bürgerlichen Blattes wohl auch auf Deutschland anwenden kann. Wir wollen auch nur öffentlich anklagen. Das Publikum leidet oder weiß es aus eigener Erfahrung, was an Löhnen in andern Branchen gezahlt wird, und wie man sich überall den katastrophalen Verhältnissen anpassen versucht. Da soll man auch wissen, wie es um die Entlohnung der mit Muskeln und Nerven angestrengt für die Öffentlichkeit arbeitenden Buchdrucker bestellt ist.

Die neuen Verhandlungen unseres Tarifausschusses sollten uns hier also nicht speziell beschäftigen. Die Gehilfen- und die Organisationsleiter mit wohlfeilen Redeschlägen zu bedenken oder ihnen überkritische Standreden zu halten, ist nicht unser Fall. Das überlassen wir den vorreißigen Temperamenten oder solchen Kassen, die Friedlosigkeit eben so schnell bündeln, wie sie kurz zuvor noch mit großen Versicherungen umgegangen waren. Wer einem Wortmann oder Schlagwortkünstler mehr gewerkschaftlichen Erfolg vertraut als unsrer Berufsleute und erprobten Vertretung, der möge es getroffen tun. Der Ausgang gibt ja erst den Taten ihren Wert.

Unsre Vertreter haben es in dem Augenblick, wo zwei Pfund Zeitungspapier 84 M., zwei Pfund mittelsteine maschinenglatte Werkpapier 150 M. und zwei Pfund mittelsteine Postpapier 170 M. kosten, wo infolge der neuen Papierpreise und der verschärften Zahlungsbedingungen eine Großfirma statt 20 Millionen im September 60 Millionen Mark für Roh- und Hilfsmaterialien anbringen mußte, wo also der ungeheure Preis des Papieres schon das Druckgewerbe lahmgelegt droht — nicht die „Lohnschraube ohne Ende“ —, als Unterhändler bei den neuen Lohnverhandlungen wahrlich nicht leicht. Die Prinzipale haben ja in der Zeit, wo alles, was produziert und handelt, sozusagen im Gelde schwamm, bei weitem nicht die Möglichkeit, die Lage der Beschäftigten zu verbessern, wie es nun unsere Vertreter immer behauptet worden ist, und auch sonst hätte sein müssen. Durch diesen aber schlechten Brauch der Prinzipalsbeauftragten, gegen den von der Gehilfenvertretung immer so energisch angekämpft wurde, daß die Verhandlungsformen gar nicht salonmäßig sind, haben unsre Löhne gerade jetzt einen Stand aufzuweisen, der eine Erhöhung im Verhältnis zu den Feuerungsabnormitäten schwer macht. Dazu nun die in dieser und in voriger Nummer kurz geschilderten Schwierigkeiten, die auch den Graphischen Bund schon zu ernsthaften Vorstellungen und Eingaben Veranlassung gaben (Nr. 103 des „Storr“). Trostlos muß die Rücksicht auf die Abwehr des Hungers unter den Buchdruckern größer sein als der Versuch, der verarmenden Arbeiterschaft durch Aufwerfen von vielstündigen ungenügenden Schuttdämmen zu begegnen. Wenn es in Berlin-unsere Vertreter wieder entgegenklingt: „Wir können nicht!“, dann möge darauf mit dem auf der Wagnisrekord Prinzipalsitzung im Juni so kürzlich begrüßten Bürgerversammlung Appell beantwortet werden: „Saben Sie die Courage, den Preis stark durchzuführen, dann wird es uns auch wieder besser gehen!“

Das muß aber offen und ehrlich ausgesprochen werden: Die Tarifgemeinschaft und die Verhandlungen im Tarifausschuss können die jetzigen fürchterlichen Zustände nicht meistern; gewerkschaftlich vermögen wir es allein auch nicht. Außenpolitisch muß für Deutschland eine wesentliche Erleichterung kommen. Innenpolitisch muß der Kampf gegen den Wucher und die Profitgier, zu dem die Gewerkschaftsleitungen die Initiative ergreifen haben, wobei an das bedeutende Wort des Reichsanstalters an die Gewerkschaftsführer: „Das ist der Segen der freien Wirtschaft“, erinnert sei, mit aller Macht und Ausdauer geführt werden; Preußen und Thüringen mit ihren sozialdemokratischen Ressortministern zeigen darin den Willen zur Tat, der Reichsarbeitsminister hat noch Widerstände zu überwinden. Gewerkschaftlich muß es erreichen sein, daß die Papierfabrikanten und die Papierhändler sowie andre Lieferanten auch noch mit ihrer Preispolitik wieder auf die moralische Bahn zurückgebrängt werden, und sei es mit den Wuchererleuten. Erst durch dieses Zusammenwirken werden wir zu erträglichen Zuständen kommen. Daran mitzuarbeiten, liegt in jedes Buchdruckers eigenem Interesse und ist seine verdammt Pflicht als Arbeiter und Staatsbürger. Auch das ist ein großes Stück Arbeit zum Schutze der Republik und zu ihrer Entwicklung als sozialistischer Gemeinwesen.

Um nicht unbilligerweise nur den Standpunkt der Fordernden und nicht auch den der Ablehnenden zu

Arbeitsniederlegung — das letzte Mittel!

Solange es disziplinierte Gewerkschaften gibt, haben diese im Kampf um die wirtschaftliche Besserstellung ihrer Mitglieder die Lösung gellen lassen, daß der Streik das letzte Mittel im wirtschaftlichen Kampfe sein müsse. Es kann nicht bestritten werden, daß auch heute diese Lösung noch Gemeingut aller Gewerkschaften ist, und daß die Führung der Gewerkschaften im Bewußtsein ihrer großen Verantwortlichkeit nach diesem Grundsatze verfährt. Velder haben die Kriegszeit und noch mehr die der Kriegsbeendigung folgenden Jahre mit ihrem ewigen Durchwärteln, mit ihren sich überlagernden Ereignissen im Wirtschaftsleben und der fortgesetzten Verteuerung aller Lebensbedürfnisse an diesem früher von den Gewerkschaften hochgehaltenen Grundsatze erheblich gerüttelt. Aber die Köpfe der Gewerkschaftsführer hinweg, missachtend der für Zweck und Ziel der Gewerkschaften ganz unentbehrlichen, festgefügten Disziplin, wird heute hier, morgen dort mit dem Mittel der Arbeitsniederlegung auf das gefährlichste operiert. Wohl kaum eine Gewerkschaft ist von dieser bedauerlichen Erscheinung verschont geblieben; auch wir Buchdrucker nicht.

Noch zu keiner Zeit ist das Wirtschaftsleben so oft, so nachhaltig und so folgenschwer durch Arbeitsniederlegungen behindert worden als heute und seit Jahren. Arbeitsniederlegungen der Handarbeiter, der Eisenbahner usw. gehörten früher zu den Unmöglichkeiten. So wenig diesen Gruppen, nur weil die ungestörte Ausübung ihrer Tätigkeit die Lebensmöglichkeit des ganzen Volkes gewährleistet, verwehrt werden darf, sich eine ihren Lebensbedürfnissen und ihrer Arbeitsleistung entsprechende Position zu erringen, so sehr legt die Wichtigkeit und Lebensnotwendigkeit ihrer Arbeitsleistung solchen Kreisen des arbeitenden Volkes die Pflicht auf, der Arbeitsniederlegung aus dem Wege zu gehen, solange noch nicht jedes Mittel zur Erzielung besserer und berechtigter Lebensbedingungen erschöpft ist. Ich meine, daß heute hierzu unendlich mehr als früher Gelegenheit geboten ist. Wieviel Vermittlungsstellen sind heute gegen früher mehr vorhanden? Organe, die sich wirklich Mühe geben, in den Grenzen der Möglichkeit dem Arbeiter zu helfen. Gewiß werden die Vermittlungsergebnisse und die Schiedssprüche dieser Stellen selten beide Parteien zufriedenstellen können, und der am meisten notleidende Teil, das ist vor allem heute der Arbeiter, wird eine volle Befriedigung seiner Wünsche auch von solchen Vermittlungsstellen nicht erwarten können.

Alle diese nicht voll befriedigenden Ergebnisse solcher Vermittlungskommissionen sind aber doch fast ausschließlich dem „Grolle“ vorzuziehen, der sich heute aus dem Mittel der Arbeitsniederlegung ergeben kann. Ich möchte nicht behaupten, daß die Arbeitsniederlegung die einzige Möglichkeit ist, die dem Arbeiter in der heutigen Zeit noch verbleibt. Aber die mit Beilegung dieser Arbeitsniederlegung verbundenen späteren Vergleiche haben in keinem Falle den Verlust weitgemacht, den auch nur wenige Streiktag für den Gehilfen und seine Familie zur Folge hatten.

Im der Zeit dieser großen Not ist der Erlös der Arbeit nur ein Mittel zum Leben, das Lebensbedürfnis deckt er nicht. Fällt der Arbeitsverdienst aber fort, dann ist die Not auf höchste. Was verloren, kehrt nicht wieder — eine etwa erzielte Lohnerbhöhung ist kein Ersatz für den verlorenen Arbeitslohn! Die Pflicht gegen sich selbst, gegen seine Familie, seine Mitarbeiter und gegenüber der Gesamtheit des Volkes muß jeden Arbeiter zwingen, von solchem verderblichen Tun abzulassen. Auf Jahressätze hinaus müssen wir alle die uns durch den Streik und seine Folgen auferlegten schweren Lasten tragen. Je fleißiger wir arbeiten und arbeiten können, um so eher können wir diese schwere Bürde von unseren Schultern werfen. Vierzehntausendmal ist erklärt und zugegeben worden, daß die derzeitige Wiedereingliederung der deutschen Volkswirtschaft nur durch emsigen Schaffen aller Hand- und Kopfarbeiter zu erzielen ist. Jeder Streik aber reiht einen Teil des großen wieder aufgebauten niedriger; nutzlos muß wieder von vorn begonnen werden. Geschädigt ist nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Unternehmer und die Gesamtheit des Volkes. Höhere Löhne können entsprechend dem sich ergebenden Bedürfnis um so weniger erreicht werden, je mehr durch Arbeitsniederlegung das in einem Unternehmen investierte Kapital geschwächt und schließlich aufgefressen wird.

Wir gehen absolut falsche Wege, wenn wir versuchen, die Not durch möglichst oft wiederholte Arbeitsniederlegungen zu beheben. Früher bedeutete der Streik in einem Gewerbe ein Ereignis; er war der Ausfluß der höchsten Spannung zwischen zwei Interessengruppen. Heute, und das ist für etwaige spätere unvermeidliche wirtschaftliche Kämpfe sehr zu beklagen, sind Streiks so sehr an der Tagesordnung, daß sie nicht mehr sprechen und beinahe wie etwas Alltägliches ertragen werden. Dem Streik ist damit die ihm früher innewohnende Ernsthaftigkeit und Schlagkraft genommen worden. Man fürchtet die Waffe nicht mehr, auch wenn sie großen Schaden anrichtet. Wer die Waffe führt, kann heute viel weniger wie früher die dazu nötige Kraft aufwenden, er muß sie auf jeden Fall vorzeitig beiseite legen. Dem Arbeiter heißt heute auch Darben; Streik und Arbeitslosigkeit aber heißt Verhungern!

Im Jahre 1904, als der schwere Krimmittschauer Weberstreik mit seinem nachfolgenden Weberstreik die deutsche Arbeiterchaft und alle sozial denkenden Menschen mit größtem Mitleid erfüllt, versuchte ich anstandslos der damals bereits vorliegenden Tatsache mit unserer Tarifgemeinschaft das Tarifamt für diese außerberufliche Sache besonders zu interpellieren. Die Folge davon war, daß

das Tarifamt in einer Eingabe an den Deutschen Reichstag den Volksvertretern empfahl, zur Verhütung solcher schwerer wirtschaftlicher Kämpfe dem Tarifgemeinschaftswesen die Wege ganz allgemein zu ebneten. Die Eingabe fiel leider auf harten Boden. Der Tarifgemeinschaftsgedanke wurde damals von einem ansehnlichen Teile der Arbeiterchaft, noch mehr aber von den Unternehmern hart bekämpft, und insbesondere die letzteren wendeten sich verzweifelt dagegen, daß man ihnen zumute, daselbe zu tun, was im Buchdruckerberuf als eine Selbstverständlichkeit Eingang gefunden hatte. Aus manchem Saulus dieser Tarifgegner ist, allerdings zum Teil durch die Not gezwungen, inzwischen ein Paulus geworden. Ich aber stehe heute wie damals in dieser Frage noch auf dem gleichen Platze, und voller Überzeugung und als erster, pflichtgetreuer Arbeiter kann ich meine Mitarbeiter nur bitten: Laßt ab von dieser Schätzung eurer selbst und des Gewerbes, das euch nähren soll und das uns Lebenszweck ist!

Daß es sich lohnt, dem Gewerbe seine ganze Kraft, sein ganzes Können zu widmen; daß es eine Lust ist, durch eigenes Können und Schaffen, durch die größte Vollkommenheit der Leistung das Gewerbe auf die höchste Stufe zu stellen, dafür müssen wir alle allerdings ernstlich und rücksichtslos bemüht sein. Unter stillen reifen Menschen, die beabsichtigen haben, daß einer auf den andern angewiesen ist, daß Arbeiter und Unternehmer nur winzige Teilchen des großen Wirtschaftsbetriebes sind, muß es möglich sein, ohne Kampf, ohne Wunden und ohne Selbstzerfleischung die gegenseitigen Beziehungen und Rechte aus dem Arbeitsvertrage festzulegen und festzuhalten und aus der gemeinsamen Produktion das zu erringen, was zum Leben notwendig ist, und was das Leben lebenswert macht. Das ist Pflicht und noch einmal Pflicht aller am Wiederaufbau unseres Vaterlandes Beteiligten; gleichviel welcher Klasse und welcher Partei sie angehören.

Es ist wertlos, über die vielen unnützen Streiks zu klagen, wenn man nicht ernstlich bemüht ist, sie zu vermeiden. Das können und müssen beide Parteien tun. Die Not des deutschen Volkes ist so groß, daß man nicht die richtigen Worte und nicht die Kraft dafür finden kann, um jeden einzelnen mit Positivenstimm darauf aufmerksam zu machen, daß wir die letzte Stufe des in den Abgrund führenden Weges zu betreten uns anschauen. Es ist die höchste Zeit, daß wir uns auf uns selbst besinnen! Falch wäre es, vor dem uns aufgezwungenen Kampf um unser Dasein die Waffen zu strecken und andern die Sorge dafür zu überlassen; das ist feig! Falch aber auch und verhängnisvoll ist es, vor den Gefahren, an denen wir täglich und stündlich vorübergehen, die Augen zu schließen und unter Tun und Handeln so einzurichten, als ob wir nur alles für uns zu sorgen hätten; das wäre ein Verbrechen! Die Not des deutschen Volkes ist nicht zu übersehen, werden wir nicht die Kraft haben, die die letzten Gemeinlichkeitsarbeiten gehörigen Mittel und Mittelwege herbeizuführen, ist Pflicht jedes deutschen Mannes. Darum wollen wir nicht streiken, sondern arbeiten! Das Schwerk des Streiks darf erst aus der Scheibe liegen, wenn der Gegner es am guten Willen fehlen läßt, dem andern den ihm aus dieser Gemeinschaftsarbeit von Rechts wegen zustehenden Anteil zu überlassen.

Ein harter Winter steht vor der Tür! Schon heute köhlet ein Glühkessel etwa 3 M. Die schwarzen Diamanten sind aber nicht nur unerträglich im Preise geworden, sondern sie sind auch bereits nicht mehr erreichbar. Es fehlt überall daran. Die meisten von uns wissen noch nicht, woher das unentbehrliche Feuerungsmaterial für den Winter kommen wird. Es fehlt an Kohle zur vollen Aufrechterhaltung der Betriebe, und je näher der Winter kommt, um so mehr wird dieser Mangel an Betriebskraft sichtbar werden. Arbeitslosigkeit und lindernde Menschen sind im Gefolge. In all dieser Sorge mühen sich zwei Richtliche, dieses Dunkel der Zukunft ein wenig hoffnungsvoll zu erhellern: die deutsch-belgischen Verhandlungen und die Zulieferung von Aberichten im Bergbau. Die Erfüllung von an diese beiden Begehrden geknüpften bescheidenen Hoffnungen lassen Millionen schwergeprüfter Menschen ein wenig aufatmen. Allerdings ganz heute durch die Tagespresse die Nachricht, daß mit der Leistung von Aberichten im Bergbau noch nicht bestimmt zu rechnen sei, und daß insbesondere politische Wirkkräfte am Werke wären, um eine günstige Entscheidung der Bergarbeiter zu verhindern. Ich mag daran nicht glauben. Von einer früheren Fühlensförderung hängt heute das ganze Wirtschaftsleben ab; erfolgt sie nicht, bringt der Winter für die deutsche Arbeiterchaft unheiliges Glend. Der deutsche Bergarbeiter weiß es, daß von seiner Hände Arbeit Leben und Erntens von Millionen seiner Arbeitsgenossen abhängen; er kann und wird den Hoffkreis derselben nicht überschreiten und wird denjenigen, die ihn an Ausübung dieser Menschenpflicht und Solidarität mit seinen Arbeits- und Volksgenossen hindern wollen, kein Gebräuchen. Es ist aber Pflicht aller Arbeiter, die diesbezüglichen Bemühungen der Gewerkschaftsverbände zu unterstützen, und diejenigen, welche das Gelingen derselben verhindern wollen, gebührend zurückzuweisen.

Der deutsche Arbeiter trägt heute mehr als früher die Verantwortung für die Geschicke des deutschen Volkes! Will er regieren heißen, so muß er auch bewirken, daß er das nötige Verständnis und die erforderliche Kraft dafür besitzt. Der Arbeiterchaft diesen Platz an regierender Stelle zu erhalten, muß also das Bemühen jedes einzelnen Arbeiters sein. Früher ohne Massen hind und Nicks. Darum gilt es, den erwählten Führern an jedem Platz, in der Gewerkschaft sowohl wie in der politischen Organisation, treueste Gefolgschaft zu leisten und ihrem Auftruf zum

Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens zu folgen und mit Hand und Herz dabei tätig zu sein. Fleißig muß gearbeitet werden — darum stellen wir das Streiken ein!
Berlin. Paul Schliebs.

Ein Ruf der Neuausgelernten

Daß ein Buchdruckergehilfe hinter dem Lohn eines Handarbeiters meiltenfalls zurücksteht, ist eine bekannte Tatsache. Daß dies aber auch in unserer eignen Lohnregelung der Fall ist, dürfte wohl bei manchen stolzen Bedenken aufsteigen lassen. Aber man betrachte nur die in Nr. 97 des „Korr.“ veröffentlichte Bekanntmachung. Man verfolge einmal den Abschnitt „d) Neuausgelernte (Gehilfen im ersten Gehilfenjahre)“ mit dem Abschnitt „c) männliche Hilfsarbeiter von 19 bis 21 Jahren“. Es mühte doch wirklich zu ändern sein, daß ein Hilfsarbeiter von 19 bis 21 Jahren, den man doch auch in der Regel als unentbehrlich anzunehmen hat, fastlich einen höheren Lohn erhalten kann als ein vier Jahre lang von seinen Eltern mühsam durchgeschleppter junger Buchdrucker.

Wenn sich die Prinzipale bei Einstellung eines Lehrlings verpflichten, ihn als Gehilfen auszubilden, so verpflichten sie sich auch, ihn nach seiner vollendeten Lehrzeit als Gehilfen anzuerkennen, zumal er auch noch die Prüfung abgelegt hat. Darum weg mit der Klasse für Neuausgelernte! Einreihung der Neuausgelernten in die Lohnklasse A! Das ist der Ruf der Neuausgelernten an die Gehilfenvertreter.

Aber die wirtschaftliche Berechtigung dieses Ruses erübrigt es sich, noch etwas zu sagen. Die vier Jahre Lehrzeit geben hier genügend Ausschluß.
M. B.

Das Buchgewerbe im Auslande

Osterreich. (Zur Streikfrage.) Der Streik der Wiener Bucharbeiterchaft hat insofern an Ausdehnung und Schärfe zugenommen, als nunmehr auch die gesamte Provinz und die Personale der in Wien täglich erscheinenden Zeitungen mit in den Kampf eingezogen haben, so daß nunmehr dem Vernehmen nach in ganz Osterreich keine einzige Zeitung erscheint. Da die Unternehmer vorige Woche von Verhandlungen nichts wissen wollten und es daher ganz spontan zum Streik kam, so daß die von der Arbeiterchaft geforderte und erhoffte Erhöhung ihrer Bezüge am 2. September nicht zur Auszahlung kommen konnte, muß es als ganz selbstverständlich bezeichnet werden, daß die Karstellung die ursprünglichen Forderungen auch entsprechend erhöhte. Außer der geldlichen Ausbeziehung sind nunmehr auch die Gehilfen und die Arbeiterchaften der Provinzen in den Kampf gezogen. Die Arbeiterchaften der Provinzen haben sich ebenfalls für die Forderung der Auszahlung der Gehilfen ausgesprochen. Das ist die Forderung aller Osterreichischen Arbeiter, so daß die Graphiker nunmehr die Schrittmacher in dieser Hinsicht bilden. Dieser vierzehntägige Streik soll naturgemäß auch für das Kostgeld der Lehrlinge gelten. Im übrigen soll auch für die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen eine höhere Prozentquote verlangt werden, weil diese Arbeiterchaft mit ihren Löhnen sehr im Rückstande geblieben ist. Schließlich soll der § 115 b, demzufolge im Falle der Erkrankung dem Arbeitnehmer in der ersten Krankheitswoche sein Lohn nicht voranzufallen werden darf und der vor kurzem erst im Kompensationswege dahin abgeändert wurde, daß für die erste Krankheitswoche zwei Tage, in der zweiten Woche ebenfalls zwei Tage und in der dritten Woche die restlichen zwei Tage gezahlt werden können, wieder in seine ursprüngliche Fassung gebracht werden. Am 2. September landeten die ersten Verhandlungen statt. Die Unternehmervertreter waren über diese neuen Forderungen ganz verblüfft. Ihr Entgegenkommen bestand bloß darin, daß sie 30 Proz. Lohnerbhöhung gewähren wollten, jedoch sollte dieser Betrag nicht zum Lohne geschlagen werden, damit bei der nächsten Inverrechnung am 15. September diese Summe unberührt bleibt. Diese Verhandlungen verliefen deshalb resultatlos. Am 4. September fanden abermals Besprechungen statt, wo die Prinzipale 33 Proz. und für die kommende Woche 40 Proz. unter denselben Bedingungen offerierten. Da unter solchen Umständen, abgesehen von den übrigen Forderungen, keine Einigung erzielt werden konnte, ließ die Karstellung eine Verstärkung des Kampfes einleiten, indem sie an die Personale der Wiener Tageszeitungen den Ruf nach Solidarität erließ, dem einmütige Folge geleistet wurde. Die Zeitungen waren am 4. September, abends, beinahe ausgeht, als die Arbeiter ihre Stätte verließen. Am 5. September erschien keine Zeitung mehr. Die Zeitungs herausgeber erlitten dadurch natürlich großen Schaden, wofür sie sich bei ihren Kollegen bedanken können. Das Einigungsamt berief noch für den 5. September die beiden Parteien beiderseits zur Verhandlung der Situation zusammen. Der dabei anwesende Regierungsvertreter, dem rücksichtslos volle Debitivität zugestanden werden muß, gab sich alle Mühe, eine Einigung herbeizuführen. Die Prinzipale ließen sich aber nicht erreichen. Ihr letztes Angebot lautete auf 20 Proz. Lohnerbhöhung und 25 Proz. Zulage, vom zuletzt bezogenen Minimum berechnet, die aber nur bis zur neuen Inverrechnung bezahlt werden sollte. Dies wies aber die Karstellungsvertreter ab. So fand nun der Kampf in voller Einmütigkeit weiter. Noch arbeitet in Wien die Staatsdruckerei und die Osterreichisch-ungarische Bank, wo in der letzten Woche nicht für 300 Millionen Kronen Banknoten gedruckt wurden. Wenn die Prinzipalkität, die doch wahrlich in den letzten Jahren infolge der niedrigen Valuta Riesengewinne einfiel, nicht zur

Befinnung kommt, dann wird die Streikleitung auch diese Personale zur Solidarität aufrufen. Und dann wird es sich entscheiden müssen, ob der Prolet einer kleinen Unternehmergruppe im gesamten Staatswesen schwerer wiegt als das wirtschaftliche Leben eines ganzen Volkes. Die Streikleitung hat weiterhin im Verein mit der Gewerkschaftskommission und der sozialdemokratischen Parteileitung den Beschluß gefaßt, nimmere ein sogenanntes Mitteilungsblatt erscheinen zu lassen, dessen Redigierung der Schriftleiter des Verbandsorgans „Vorwärts“, Kollege Wiesler, übernimmt. Dieses „Mitteilungsblatt“ wird ausschließlich nur die Angelegenheiten des graphischen Bucharbeiterausstandes sowie alle sonstigen Lohnbewegungen behandeln, um mit der gesamten übrigen Provinz eine Kommunikation zu unterhalten. Jede politischen Angelegenheiten sollen ausgeschlossen sein.

Schweiz. Am 24. September hat das Schweizer Volk über ein Gesetz — die sogenannte Ler Häberlin — abgestimmt, das dem berühmtesten Sozialistengelehrten Bismarcks nichts nachgibt. Auf dieses Gesetz sehen die Reaktionäre große Hoffnungen, mit seiner Hilfe glauben sie ein Mittel zu haben, um endlich auch einmal den Streiks ein Ende zu bereiten, denn nach den neuen Gesetzesbestimmungen kann man bald jeden Führer eines Streiks, also die Vorstände usw., hinter Schloß und Riegel setzen. Sollen sich beständig das schweizerische Volk soviel gelunden Sinn, um dieses Schandgesetz doch abzuwickeln. Verfolgt man die Taktik der Prinzipalsorganisation des Buchdruckervereins, so befaßt sich immer mehr der Verdacht, daß man auch dort auf das genannte Gesetz Hoffnungen setzt und den Volkswirtschaft erst abwarfen will. Es mehren sich deshalb auch die Stimmen im Geheißlager, daß man von den Herren endlich einmal klaren Wein eingehandelt haben möchte.

Aber die enorme Verbreitung des „eisernen Kollegen“ in der Schweiz gibt eine von der Zentral-Kommission der Maschinenleger ausgenommene Statistik

Muskunft. Von rund 880 Druckerien der Schweiz besitzen 318 Offsetmaschinen, und zwar insgesamt 713 Stück: 382 Linotype, 205 Typograph, 94 Monotype, 17 Linograph und 16 Monoline. Zur Bedienung der Maschinen stehen 910 Maschinenleger zur Verfügung; 713 arbeiten in Vollschicht, 113 in Halbschicht, 84 Kollegen arbeiten ganz in der Handseherei und werden als Reserveleger aufgeführt. Seit der Aufnahme dieser Statistik hat die Schmalzmaschine in vielen Betrieben Eingang gehalten, so daß man bald im letzten Bergdorf auf eine solche stößt. Auch ein Zeichen der Zeit!

Briefkasten

C. A. in Fr.: Dankend erhalten. — S. G. in Z.: Für Zusendung danken wir; wohl erwidelt durch die Leiter in dieser und in voriger Nummer. — B. M. in G.: Das geht jetzt alles so eilends, daß wir nur die Spitze für September gebracht haben (Nr. 103); wegen August sehen Sie doch in der Fälscherorganen an in „Zeitschrift“, Nr. 2, S. 10. — W. S. in B. P.: Wird aufgenommen. — M. G. in N. S.: Da ist mander Irrtum anzutreffen. Wenn mit allen Sachen aufgeräumt, soll Artikel gebracht werden. — G. S. in R.: Sie geeuulten Blättern haben mit dem von Ihnen zu behandelnden Gegenstande gar nichts gemein, wären also deswegen und auch aus Raumgründen schon zu streichen. Artikelstriche in der Polemik haben ebenfalls zu unterbleiben. Ihr Artikel müßte also wesentlich umgearbeitet werden; wenn Sie damit nicht einverstanden sind, unterbleibt Abdruck. — L. S. in S. und N. A. in D.: Ihre schon ein halbes Jahr zurückliegenden Problemserien haben sich nun ja wohl erledigt, nachdem „Aber (oder weniger) gewöhnliche „Widendenjaude“ auf 20 Mt. zu stehen kommt. Das ist doch schon Fortentwicklung nach amerikanischem Muster. — G. G. in B. G.: Ihren Artikel betrachten wir nun als erledigt; unter Einleitung zu einer Rückfrage sind Sie auch nicht gefolgt. — M. B. in Z.: Sie haben zu beachten, daß bei allen Nummern alles genau stimmen muß; bei Ihnen ergab sich aber eine Differenz von 30. Wer soll denn da sich zurechtfinden und einen Vergleich anstellen? Was Sie wollen, kann nicht am 14. September schon erledigt werden, sondern erst bei den großen Tarifverhandlungen im Oktober. Ist ein solcher Antrag von dort gestellt? Sonst ist es zu spät. Die Abänderung Ihres Artikels möge Ihnen gelingen, wie er unbeschadet Ihres Status zum vornehmsten Maße abgefaßt sein müssen. — G. A. in Berlin: Die genaue Artikel früherer Zeitungen sind uns nicht bekannt geworden. — F. B. in Nürnberg: Von solch vorbildlichem Wirken zur Förderung der Betriebsausbildung spricht man andernorts leider wenig. Mancher „Betriebsratsleiter“

könnte sich daran ein Beispiel nehmen. — D. A. in W. u. D. Rogall, Bregg (Bromberg), ul. Helmanstra 7. — G. O. in B. P.: In Anbetracht der geschilderten Verhältnisse erledigt. — G. A. in W.: 135 Mt.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chammisplatz 511.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Hausgabe neuer Formulare
Den verehrlichen Gaukassierern gehen in den nächsten Tagen die beiden bereits im Rundschreiben Nr. 14 angekündigten neuen Formulare zu.
Formular 24: Befehlsung über die Mitgliedschaft und die Beitragsleistung in unserm Verband, ist ordnungsmäßig ausgefüllt den Mitgliedern auszubändigen, die infolge Berufswechsels zu andern Verbänden überzutreten gezwungen sind. Die Quittungsbilder unseres Verbandes, die beim Abtritt ihrer Inhaber zu andern Verbänden dieses Verbands verbleiben, werden in jedem einzelnen Falle einbehalten und sind von dem Funktionär aufzubewahren, der die Befehlsung ausstellt.
Formular 25 dient zur Antragstellung auf Zulassung zur Beitragsleistung zwecks Aufrechterhaltung der in der Quotientenunterstützung erworbenen Rechte (§ 6a). Der Antrag ist beim Gauvorstande zu stellen, der ihn an den Verbandsvorstand weiter zu teilen hat. Wir bitten um gewissenhafte Ausfüllung des Formulars, damit Rückfragen und Portoaufgaben vermieden werden.
Im übrigen verweisen wir auf unser Rundschreiben Nr. 14 vom 28. Juli 1922, von dem noch einige Exemplare abgegeben werden können. Die Hauptverwaltung.

Veranstaltungskalender
Dresden. Stereotypen- und Galvanoplastikherstellung Sonntag, den 16. September, abends 7 Uhr, in „Schubert-Galhaus, Kleine Plauenische Gasse 2 I.“
Frankfurt a. M. Offenbach. Maschinenmessenverammlung Freitag, den 15. September, nachmittags 5 Uhr, im „Kempferbräu“, Mainkai 33.

Warnung vor Zuzug nach Berlin!

In den letzten Wochen häufen sich die Fälle, daß die Kollegen nach Berlin zuziehen, ohne vorher die statutarisch vorgeschriebene Grundung eingezogen zu haben. Wir machen die Kollegen auf die Folgen aufmerksam. Konditionsannahme ist nur durch die Vermittlung des Arbeitsamtes zulässig! Die Zahl der Arbeitslosen steigt von Woche zu Woche, so daß der Gauvorstand bereits zu Ergänzungsmaßnahmen schreiten mußte.
In den Vororten Prenzlauerberg und Köpenick befinden sich Druckerien: „Preisfabrik“ (Zwaber Fr. „Müller“) und „Reichsbahn-Druckerei“ (Zwaber Häberlin), sind nicht fertig, so daß Anträge dieser Firmen wegen sich erledigen. Wiederholt sind Mitgliedslieber dort angekommen, die nach 14 Tagen dann einsehen, daß sie mit dem ihnen gezahlten Lohne von 600 bis 800 Mk. nicht auskommen können.
Der Gauvorstand.

Ein Söhnefräher, ein Komplettgieher, ein Gieher für amerik. Drillingsmaschine
in dauernde, gutbezahlte Stellung gesucht.
Ludwig Wagner, Schriftgieher, Leipzig, Gabelsbergerstraße 1a.

Arbeitsfreudiger Fachmann
Seher (auch Typograph), verheiratet, sucht auf gute Zeugnisse, Vertrauensspotten, eventuell als Vertreter des Chefs oder Betriebsleiters eines kleineren Unternehmens. Suchender ist mit Korrespondenz und sonstigen Kontorarbeiten bestens vertraut.
Zuschriften erbeten unter Nr. 894 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstr. 8.

Typographischer
für A-Maschine sucht in Dauerstellung Anhaltische Buchdruckerei Gutenberg, Dessau (Anhalt).

Maschinenmeister
für Ein- und Mehrfarbendruck, Aufstaple und Prägnung, erste Kraft, suchen Vereinigte Druckerien, Zillau i. Sa.

Maschinenmeister
für Billefordmaschine in dauernde Stellung gesucht.
Angebote mit Altersangabe, Gehaltsanprüchen, Zeugnisabschriften und Eintrittestermin an: Rheinische Papierwarenfabrik Mag Alstadt, Köln-Chrenfeld.

Zwei Schriftsetzer
19 Jahre alt, verheiratet mit allen vorkommenden Arbeiten, nicht unerfahren im hebräischen und griechischen Satz, suchende Stellung.
Werte Angebote erbeten an Walter Richter, Alchalm (N. L.), Oerbestr. 51.

Schriftsetzer
Ein solider, nicht zu junger der im Satz- und Interlinearsetze sowie im Umbruch perfekt ist (am liebsten Meister), per sofort in angenehme, selbständige Stellung gesucht. Entlohnung über Tarif.
Offerten unter Nr. 893 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Sidiger Korrektor-Revisor
fremdsprachlich, wissenschaftlich, sucht sich nach Leipzig zu verändern, eventuell auch als Beräumer oder -leher.
Angebote unter Nr. 897 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Linotypsetzer
28 Jahre alt, ledig, sucht Stellung.
W. Berger, Köpenick i. B., Dampfstraße 10.

Aktidenzsetzer
Sucht per sofort oder später Stellung in
Leipzig
Angebote umgehend unter Nr. 898 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstr. 8.

Aktidenzsetzer
Neuangekommener sucht zum baldigen Eintritt Stellung, wo event. Gehaltsgeld zur Ausbildung an Schmalzmaschine (Linotype) oder in Stereotypie vorhanden.
Angebote unter Nr. 902 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Anzeigensetzer
Typographischer
verheiratet, mit langjähriger Praxis, gute leistungsfähige Kraft, sucht Dauerstellung, auch als Alleiniger. Eintritt beliebig.
Off. Offerten erbeten unter Nr. 893 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8.

Arbeitsfreudiger, fleißiger Schweizerdegen
in ungehindigter Stellung, sucht sofort, eventuell als Alleiniger, Stellung in Hamburg.
Angebote erbeten unter A. St. 892 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8.

Junger Schweizerdegen
als Alleiniger für Buchdruckerei gesucht.
Angebote unter Th. E. an H. Rang, Weimar (Th.), Sebastian-Platz-Str. 6 p.

Berliner Korrektorenverein
Sonntag, den 17. September, abends 7 Uhr, im „Vergilischen Vereinshaus“, Alexandrinenstraße 44.

Bereinsversammlung
Tagesordnung: 1. Neuaufnahmen. 2. Bereinmittlungen. 3. Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Liedertafel „Gutenberg“ von 1877, Hamburg-Altona
Sonntag, den 17. September, vorm. 9 Uhr, im Altonaer Lokal, Eilbstraße 15/17.

Außerordentliche Generalversammlung
Tagesordnung: 1. Erhöhung des Beitrags. 2. Stiftungsfest. 3. Anträge und Verschiedenes. [870]
Zahlreiches Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Maschinenband, Messingbenzinkanen, Kolonnenchnur, Einziehfaden, Auslegesäbe für Schnellpr.
Beuer & Moll, [101] Düsseldorf, Graß-Aboll-Strasse 112.

Theodor Kühnel
aus Waldenburg i. Schl., im Alter von 61 Jahren.
Sein edler Charakter, seine kollegiale Gemüthsart, sein liebenswürdiges und sein überaus zuverlässiges Wesen werden Ihnen ein dauerndes Gedächtnis.
Dr. Verein Waldenburg (Schl.).

Am 3. September entschlief unser lieber Kollege, der Seher **August Hofmann** im 63. Lebensjahre.
Sein aufrichtiger Charakter und stets freundliches, lüches Wesen fehlen ihm bei uns ein allzeit ehrendes Andenken.
Personal der Buchdruckerei Gutenberg (Fr. Jüllens), Berlin C 19, Wallstraße 17-18.

Am 6. September verstarb nach längerer Krankheit unser langjähriger Mitarbeiter und lieber Freund, der Seher **Franz Jacob** geboren 20. Juli 1873 in Berlin. Obre seinem Andenken
Das technische Personal der „Berliner Börsen-Zeitung“.

Die Meißnerprüfung im Buch-Drucke
wette von F. B. Umbd. 44 Mt. postfrei durch K. Siegl, München 9.

Winkelhaken
Schiffstühle, Schließzeuge, Antie gemarkeht durch K. Siegl, München 9.

Vorwärtskommen

Sprachkenntnisse

Können Sie heute schnell und sicher, wenn Sie sich sofort

Toussaint-Langenscheidt

bietet Ihnen Gelegenheit, in leicht verständlicher, bequemer und interessanter Weise auf Grund des Selbstunterrichts jede wichtigere fremde Sprache zu erlernen. Der Unterricht kostet einschließlich aller Lehrmittel

monatlich nur 150 Mark

Vorkenntnisse oder bessere Schulbildung sind nicht erforderlich. Das Studium nach unsrer Methode ist eine interessante, Ihre Bildung ungemein fördernde Beschäftigung für Ihre freien Stunden. Bedenken Sie, daß Sie sich für diesen geringfügigen Betrag, den Sie gewiß für einen einzigen Theaterbesuch ausgeben, Kenntnisse erwerben, die für Ihr Vorwärtskommen von unermeßlichen Werte sind.

Um Ihnen Gelegenheit zu bieten, den Unterricht nach unsrer Methode Toussaint-Langenscheidt kennen zu lernen, sind wir bereit, Ihnen eine

Probelektion kostenlos

und ohne irgendwelche Verbindlichkeiten auszugeben. Sie brauchen uns nur den untenstehenden Abschnit einzufragen. Schreiben Sie aber heute noch.

Hier abtrennen!

Ich erlaube um Zusendung der „Korrespondenzbogen“ angebotenen Probelektion der

Sprache kostenlos, portofrei und ohne Verbindlichkeit für mich.

Name: _____
Beruf: _____

Prof. G. Langenscheidt

Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 29/30 (Gegründet 1856)

Auf nebensächlichem Abschnit nur die gewünschte Sprache und Adresse genau angeben und in offenem Briefumschlag frankiert als „Drucksache“ (50 Pf.) einbinden. Wenn weitere Zusätze gemacht werden, nur als verschieffener Brief zulässig.

Dr. u. Straß e:



Prof. G. Langenscheidt

Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 29/30 (Gegründet 1856)

Auf nebensächlichem Abschnit nur die gewünschte Sprache und Adresse genau angeben und in offenem Briefumschlag frankiert als „Drucksache“ (50 Pf.) einbinden. Wenn weitere Zusätze gemacht werden, nur als verschieffener Brief zulässig.

Dr. u. Straß e:

Zur Wohnungsbaubgabe

Im Nr. 101 des „Korr.“ wird in einem längeren Aufsatze die Aktion des DGBG. gegen die Zuerkennung des Mietschutzes behandelt. Ob sie dem Arbeiter eine löbliche Erleichterung seiner wirtschaftlichen Lage bringen wird, muß nach den bisher gemachten Erfahrungen bezweifelt werden. Davor muß alles abgewehrt werden, was den Arbeiter weiter belastet.

Hierzu gehört u. a. auch die Wohnungsbaubgabe. Ausgerechnet hebt er den „Vorwärts“ in seiner Nr. 195 vom 26. August in einem „Der Wohnungsbaubau“ über. Inwiefern die Wohnungsbaubgabe eine Erleichterung dieser Lage sein wird, ist eine Frage des Volkswagens, und zu ihrer Bekämpfung muß auch das Volkswagen herangezogen werden. Es geht nicht an, nur den Mietern, vollends, soweit sie dem Arbeiterstand angehören und als Familienväter oder sonstige Unterhaltspflichtige gerade genug belastet sind, die Verschaffung von Bankkapitalen aufzubürden. Da sich die Befürworter der Wohnungsbaubgabe diesem Argument nicht entziehen können, finden sie, daß die durch die Wohnungsbaubgabe bewirkte künstlich niedrige gehaltenen Mieten dem allgemeinen Preishand angeschlossen werden müßten. Bei einigermaßen gleichbleibendem Marktstande ließe sich darüber reden. Aber dem Arbeiter in der jetzigen Zeit die letzte Erleichterung, zu die der Preiswucherer bisher nicht herankamte, zu nehmen, bleibe ihn völlig ins Elend hineinzuwerfen.

Man sollte meinen, eine solche Politik kann unmöglich von Arbeiterevertretern mitgemacht werden. Und doch ist es so! Der „Vorwärts“-Artikel spricht von einer Erleichterung der Wohnungsbaubgabe von 200 Proz. und darüber. Die in ihrer Mehrheit sozialistische Stadtverordnetenversammlung von Magdeburg hat schon lange vor der jüngsten Zuerkennung eines Wohnungsbaubgabe in Höhe von 200 Proz. beschlossen — und Eingeweihte behaupten, daß man sich jetzt mit dem Gedanken einer Verdoppelung freilich!

Die Arbeiter sollten sich eine solche Politik nicht gefallen lassen. Wenn man wenigstens durch eine vorläufige Staffelung — wie das in Leipzig geschehen ist — das Geld dabei nehmen würde, was es am leichtesten zu bekommen ist, von den Besitzenden. Aber auch das hat man hier offenbar nicht vor. Und das ist gewollt. Die Gewerkschaften als wirtschaftliche Vertretung der Arbeiter haben auch darüber zu wachen, daß dem Arbeiter in der jetzigen Zeit aus einer überhöhten Wohnungsbaubgabe heraus nicht Abgaben aufgeschleppt werden, die er nicht zu tragen vermag!

Magdeburg.

-r.

□ □ □ Aus dem Genossenschaftsleben □ □ □

Produktionsgemeinschaft!

In der Zeit der immer mehr um sich greifenden Forderung, zum größten Teil durch gewissenlosen Wucher hervorgerufen, sucht immer wieder die ganze Frage auf: Können wir nichts unternehmen, um diesem Übel zu wehren?

Wenn wir leben, das fertige Güterbedürfnisse und eine Besserung nicht bringen, können wir nicht tun. Wir müssen wir versuchen, unserer wüsten Verelendung auf anderen Wegen einen Damm entgegenzusetzen. Wie aber bauen wir einen derartigen Damm am wirksamsten? Seit vielen Jahren besteht in Deutschland eine Bewegung, welche ihre meine Ausführungen gründend ist. Es sind dies die Konsumgenossenschaften. War manches ist durch sie schon erreicht worden. Leider aber muß festgestellt werden, daß gerade für die Konsumgenossenschaften noch ein unendliches Feld drückend ist. Die Arbeiterklasse hat z. T. immer noch nicht erkannt, daß es nur an dem Zusammenbruch aller liegt, die Konsumgenossenschaften leistungsfähiger zu machen.

Es mag ja Arbeiter geben, denen es unmöglich ist, den vorgeschlagenen Anstöß zu erwerben, die darum den Konsumgenossenschaften fernbleiben. Aber, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg! Sehen wir den Fall, daß, angesetzt durch den DGBG., in allen angeschlossenen freien Gewerkschaften und Verbänden die Frage ventiliert würde: Ist es möglich, daß wir Arbeiter uns alle korporativ an der Konsumgenossenschaftsbewegung beteiligen, und welche Vorteile entgingen daraus für uns?

Denken wir uns, daß jeder reorganisierte Arbeiter und Angehörige gleichzeitig mit seinen Gewerkschaftsbeiträgen einen Obolus, z. B. 1 M., wöchentlich auf seinen Anteil als Mitglied der Konsumgenossenschaft entrichtet, so käme damit ein Kapital zusammen, das es wohl bald ermächtigen würde, zur Eigenproduktion der meisten Bedarfsartikel zu schreiten. Ich denke dabei an Wandmischel, Mühlens; ja auch große industrielle Unternehmen könnten geschaffen werden. Auf diese Weise hätten wir erst einmal den Zwischenhandel, der meistens den höchsten Handel ist, ausgeschaltet und kämen dadurch zur Ver-

billigung der betreffenden Waren für unsere Mitglieder. In der Produktion der Konsumgenossenschaft dürfte nur so viel verdient werden, um eine angemessene Vergütung des von den Arbeitern eingesetzten Kapitals zu sichern. Selbstverständlich ist es, daß die Leitung dieser Großunternehmen in die Hände von Männern gelegt wird, die das Vertrauen der Mitglieder mit einer zielstreueren Organisationsarbeit verbinden können, um für das ganze deutsche Volk Fortschritte zu leisten.

Wird der hier gezeigte Weg in allen Gewerkschaften durch deren Führer vertreten und in den Versammlungen ausgiebig darüber gesprochen, dann ist es möglich, in absehbarer Zeit zu Taten zu schreiten. Selten wir dem Kapitalismus, daß wir auch aus Wenigem Großes schaffen können, dann werden wir ihr ihm die Jungerpflanze aus der Hand.

Breslau.

F. M.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Bau Ergebnisse, Vogelland. Jungbuchdrucker! Am 23. und 24. September trafen sich die Jungbuchdrucker in Plauen im Vogelland. Die Chemnitzer Abteilung will durch derartige Veranstaltungen den Zusammenhalt der Berufsabteilungen mit fördern helfen und die Plauenener Jung- und Altbuchdrucker werden alles aufbieten, um die Stunden zu unvergessen zu machen. Am Sonnabendabend findet eine Zusammenkunft statt mit einem interessanten Vortrag, den uns Kollege Karl Seimbolt (Leipzig), Redakteur des „Jungbuchdrucker“, bietet, während der folgende Sonntagmorgen einem Besuche der Vogelländischen Maschinenfabrik gewidmet ist. Anmeldungen der einzelnen Abteilungen bitten wir nach Chemnitz an Max Schemke, Almdorfstraße 6, oder nach Plauen an Richard Kober, Krausenstraße 30, gelangen zu lassen. An letzteren ist auch zu melden, wieviel Quartiere benötigt werden. Also: Auf nach Plauen am 23. und 24. September!

Hamburg. (Maschinenfabrik.) Die Versammlung am 6. August erbrachte einigens in üblicher Weise das Andenken zweier verstorbenen Kollegen. Nach Aufnahme von zwei Kollegen und Erörterung einiger dringlicher Angelegenheiten wurden die für die nächste Bezirksversammlung bestimmten Anträge vorbereitet. Eine Kommission hatte diesbezüglich gute Vorschläge geleistet. Zwecks Neuregelung des Vereinsstatuts wurde eine fünfsiedrige Kommission gewählt. Zum Schluss erörterte man Anträge in der Steuerregulierung und wünschte eine Eingabe des Tarifamts beim Finanzministerium betreffs Aufwandserschädigung für Nacharbeit und Überstunden.

Hannover. (Drucker — Halbjahrsbericht.) In unserer Märzversammlung hielt der Obmann der Rotations-, Kollege Speker, einen Vortrag über „Die Rotationsmaschinen“, ferner sprach Kollege Ad. Krull über „Neues vom Offsetdruck“. Beide Vorträge fanden an Hand reichen Demonstrationmaterials eine aufmerksame Zuhörerfülle und zählten eine rege Aussprache. — Unsere Aprilversammlung beschäftigte sich mit den Anträgen zur Tarifrevision und der Konferenz der Kreisvorsitzenden. Außerdem hielt Kollege Schöne einen sehr interessanten, ausführlichen Vortrag über: „Von der Solapresse zur Rotationsmaschine“. Durch reichhaltiges Material unterstützt, rief dieses Referat großes Interesse hervor. — Am 7. Mai beschäftigten wir mit 400 Kollegen den Gesamtbeitrag der Westfirma S. C. König & Ebbardt, woran sich auch ein Teil unserer Kollegen aus dem Kreise beteiligte. Am Nachmittage desselben Tages fand eine Vorstandskonferenz des Kreises statt. Aus dem Berichte des Kreisvorsitzenden, Kollegen Koch, war zu ersehen, daß unsere Bewegung gute Fortschritte macht. Mit der Richtigkeit der Kreiszentrale war man einverstanden. Vor allem soll eine rege Werkstättenarbeit unter den alleinbestehenden Kollegen in der Provinz betrieben werden; es wurden Richtlinien hierfür gegeben. Die Anträge zur Tarifrevision und zur Konferenz der Kreisvorsitzenden wurden nach rege Aussprache der Zentralkommission überwiesen. Auch die Offset- und ferner die Schwelbesonderfragen wurden lebhaft erörtert. Begründet und uns angeklungen hat sich inzwischen der Verein Ostfriesland mit 26 Mitgliedern. Abends fand ein gemütliches Beisammensein statt, das recht kollegial verlief. — In unserer Naturversammlung wurde das Preis-ausschreiben der Kreiszentrale über „Goldenslagen“ besprochen. Auf Beschluss wird der erste Preis sämtlichen Mitgliedern gedruckt zugänglich gemacht. Eine Reihe kleinerer Vorträge über Vereinigungen auf dem Maschinenmarkt füllte den Abend recht anregend aus. — In der Juliversammlung berichtete Kollege Koch über die Leipziger Konferenz. Wenn auch nicht alle unsere Wünsche in Erfüllung gingen, so gab man sich doch vereint mit dem Beschlüssen auf. Im Anschlusse hieran hielt der Obmann der Bedarfskommission, Kollege Kober, einen ebenfalls lehrreichen wie ausführlichen Vortrag mit Demonstrationen über „Die Offsetdruck-Gartenlehre“, der eine rege Aussprache hervorrief. — Unser Sommerfest am 16. Juli verlief recht harmonisch. — Eine außerordentliche

Generalversammlung fand am 9. August statt. In dieser wurde der Beitrag einstimmig den Kollegen Weichlein angepasst. Unsere Satzungen wurden den veränderten Satzverhältnissen entsprechend neu beschließen. Jedoch wurde abgelehnt, unsere alleinigen Namen zu ändern. Kollege J. Müller als Tarifschiedsgerichtsbefehliger referierte danach recht ausführlich über „Tarifschiedsgerichtliche“. Unter „Verleidenam“ fand noch eine lebhaft, teilweise recht kühnliche Aussprache über unsre vollständig unzulängliche Entlohnung statt. Das Reklames hieron wurde in einer Entschließung unterm Tarifkreisvertreter übermittelt. — Eine Anzahl von Beilichtungen fand außerdem noch statt. Es wurden die Beilichte von H. Osterwald, Gemacora, „Volkswille“ und „Kurier“ wie auch einige Privatdruckereien in Beilichte beschlichtet.

Selbberg. (Maschinenfabrik.) Unsere halbjährliche Hauptversammlung am 11. August beschäftigte sich nach dem Bericht über den Verlauf des Stillschließens hauptsächlich mit der Festlegung des Winterprogramms. Es findet die Beilichtung einer Mische- und einer Papierfabrik statt. Außerdem wird in der Gewerkschaft ein Kursus über Gartenlehre abgehalten werden.

Konstanz. Ihre sehr gut besuchte Versammlung am 10. August nahm u. a. Sitzung zu dem Rundschreiben des Bezirksvereins Freiburg i. B. des Deutschen Buchdruckervereins betreffend Verhelferarbeiten, um die Angehörigen der Gehilfen in Lohnfragen niederzuhalten. Die Versammlung nahm nach ergiebiger Aussprache einstimmig die nachstehende Entschließung an: Die jährlich besuchte Versammlung der Konstanzer Buchdruckergehilfen nahmt mit fleißiger Entfaltung Kenntnis von dem jedem lokalen Verhältnisse hohnsprechenden Rundschreiben des Freiburger Bezirksvereins des Deutschen Buchdruckervereins von Anfang Juli, worin als Druckmittel gegen berechtigter, aus der Not der Zeit ergebene Lohnforderungen der Gehilfen die Verhelferung der Arbeitssatz auf 24 Stunden wöchentlich empfohlen wird, auch wenn die Beilichte gut beschlichtet seien. Die Konstanzer Gehilfen empfinden dieses Vorhaben besonders in Anbetracht der von ihnen im Interesse des Gewerbes bisher strikt eingehaltenen, meist völlig unzureichenden Lohnabkommen als eine direkte Herausforderung, die untätigen verbleibend auf die mit der Not kämpfende Gehilfenschaft wirkt. Sie erwarten deshalb, daß die Leitung des Freiburger Bezirksvereins des DGB. diese sonderbare „Empfehlung“ zurücknimmt, widrigenfalls die Gehilfenschaft die entsprechenden Konsequenzen ziehen wird. Im besondern wird nach dem Protest Ausdruck gegeben über den Verhelfer, Zweifelsfrei unter die Kollegen zu bringen dadurch, daß die verheirateten Kollegen auf die unvertehrten einwirken sollen zum Verlassen der Konstellation zugunsten der älteren, verheirateten Kollegen.

Nahr. Ihre Bezirksversammlung am 6. August in Saulach war von 152 Kollegen besucht, und zwar von Achern 8, Buhl 37, Gengenbach 1, Haslach 4, Rehl 17, Lahr 41, Oberkirch 8, Offenbach 17, St. Georgen 4, Triberg 3, Willingen 7, Wolfach 9 und Zell 2 Kollegen, ebenso war unser Gauvorsitzer Lindenlaub anwesend. Nach dem vom Kollegen Wiedler erstatteten Geschäftsberichte teilte es im Bezirke nicht an Arbeit; es waren u. a. manche Differenzen zu reuelt. Ferner lassen die Lohnverhältnisse auch in diesem Bezirke zu wünschen übrig; die Forderung ist in dieser Gegend, besonders im Schwarzwald, eher größer als an anderen Orten. Der Berichterstatter brachte auch das bekannte Rundschreiben des Freiburger Prinzipals zur Kenntnis, das entsprechend behandelt wurde. Die hierauf folgende Diskussion beschäftigte sich mit Mißständen in einigen Druckereien. Der Kreisbericht fand ohne Widerspruch die Genehmigung der Versammlung. Kollege Lindenlaub teilte von der Verbandsgeneralversammlung das Wissenswerte mit und verles am den Bericht im „Korr.“. Sein Referat fand allgemeinen Beifall. Zur Tarifrevision wurde eine Anzahl Verbesserungsanträge teilens des Bezirkes gestellt. Die von einer Kommission beantragte Erhöhung des Bezirksbeitrags und der Remuneration wurde genehmigt, wonach vom 1. Oktober d. J. an der Bezirksbeitrag 2 M. wöchentlich beträgt. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Offenburg bestimmt. Ein Flugblatt über den Buchdruckerstreik in Schwaben kam zur Verlesung, wobei für und gegen diesen Streik gesprochen wurde. Der letzte Punkt betraf das 25jährige Bestehen des Bezirkes und Ehrung der Jubilare. Kollege Wiedler gab einen Überblick über die Gründung 1897 und verlas die Namen der Jubilare, die entsprechend geehrt und beglückwünscht wurden. Das 50jährige Jubiläum und 40jährige Jubiläum feierte Kollege Käßlinger (Lahr); das 30jährige Jubiläum feierte Kollege Nikolaus Wagner (Bühl). Mit der Ehrung fand die Versammlung ihren Abbruch, worauf die Bühler Musikkapelle sowie ein Doppelquartett des Arbeiterfängervereins Nahr teilige beifällig aufgenommene Vorträge zum besten gaben. Den Mitwirkenden auch an dieser Stelle Dank.

Leipzig. (Drucker.) In der außerordentlichen Generalversammlung am 4. August gab u. a. Kollege Dübler einen Bericht von der Kreisvorsitzendenkonferenz, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion ging Kollege Bochmann auf einige Punkte

ein, die seiner Auffassung nach eine andre Erledigung hätten finden müssen. Kollege Döbler betonte in seinem Schlusswort, daß auch auf einer Konvention sich der einzelne der Mehrheit unterordnen müßte, und wenn heute festzustellen sei, daß nicht alle unsere Anträge sich haben durchsetzen lassen, so eben deshalb, weil diejenigen Vorgesetzten, die die in Frage kommenden Anträge stützten, in der Minderheit waren.

Agenda: (Vordr. - Vertretersbescheid.) In der: Gültigkeitssammlung des Maschinenmeistervereins Bezirk Ostpreußen wurde der gesamte Vorstand neugewählt (Gustav Horn, erster Vorsitzender, und Hans Blichmann, Stellvertreter). Dem Vereine sind nun, fast alle im Bezirk beschaffigten Druckerkollegen angeschlossen, bis auf einige, in auswärtigen Orten einzeln lebende, die aber wohl auch bald zu dem Einschluss gelangen werden, daß sie im Anschluss an ihre Spartenvereine mehr Vorteile, sei es in technischer als auch in tariflicher Beziehung, erlangen können, als wenn sie sich der Spartenbewegung fernhalten. — Die Versammlung am 13. August, beschaffigte sich mit den von der Zentralkommission neu festgestellten Satzungen und der bevorstehenden Tarifrevision. Von der Versammlung wurde dazu einstimmig beschlossen, die vom Kreisvorstand Breslau ausgehenden Anträge voll und ganz zu unterstützen. Nach verschiedenen Neuauflagen hielt Vorsitzender Kollege Horn einen sehr interessanten Vortrag über den Anlageapparat Universal und führte die Kollegen an Hand von Lichtbildern in den Werdegang des U23, vom ältesten bis zum neuesten Modell, an allen Maschinenstellen, vom gewöhnlichsten Satzapparat bis zur neuesten Offsetpresse, in sehr ausführlicher und leichtfasslicher Weise ein. Für die sachlichen und interessanten Ausführungen erntete der Referent von den zahlreich erschienenen Kollegen und Gästen reichen Beifall. Auch auf diesem Wege sei der Firma Klein & Langerer für Überlassung des sehr lehrreichen Lichtbildmaterials besonders gedankt. — Am Nachmittag vereinigten sich sämtliche Mitglieder mit Damen und Gästen zu einer amüsanten Feiernachtsfeier nach dem erstens gelegenen Orthen Diemowitz. — Unsere nächste Versammlung findet am 17. September in Bunsau statt und es wird auch dort den Kollegen wieder recht interessante Abwechslung geboten werden. Alle im Bezirk beschaffigten Druckerkollegen bitten wir, sich dem Verein anzuschließen.

Maßn. (Maschinenf.) Unsere Versammlung am 9. Juli beschaffigte sich nochmals mit den Märzverhandlungen des Kartauschusses und dem Schiedsprotokoll des Arbeitsministeriums. Eine Neuaufnahme wurde vollzogen. Das „Technische“ wurde in dieser Versammlung ganz besonders gepflegt. — Infolge Antragsstellung zur Tarifrevision mußte am 30. Juli abermals eine Versammlung abgehalten werden, zu der unsere Kollegen zahlreich erschienen waren. Der Vorsitzende machte Mitteilung vom Rücktritt des Vorstehenden der Mitarbeiterlichen Maschinenlehrervereinigung, Kollegen Philipp (Mannheim), und sprach den Wunsch aus, daß die Schritte in dessen Sinne weitergeführt werden möchten. Mit unserm brüderlichen Beirath können wir einstweilen die Mehrausgaben für die erhöhten Beiträge an Hauptverband und Zentrale bestreiten. Es wurde das Gebahren einzelner Unternehmer verurteilt, ihre Maschinen in die valutarischen Länder zu verfrachten, so daß die betreffenden Auslandskollegen schwer über die Konkurrenz der Setzmaschine klagen. Zur Tarifrevision Ende des Jahres wurden mehrere Anträge gestellt, um den Forderungen der Maschinenf. einigermaßen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Nachdem noch eine Anfrage betreffs Steuerfreiheit der Nachdrucke dahin beantwortet war, daß diese in Zukunft auch bei Arbeitern abzugeben sein sollten, so lehnen solche nachgewiesenermaßen als Außenwirtschaftsleistung in Betracht kommen, wurde die Versammlung nach zweifelhafte Dauer geschlossen.

rund 50 Mk. zu stehen kommen. Da die Papierbarone aber sogar behändmähige Preiserhöhungen vorhaben, wird noch eine viel höhere Ziffer herauskommen. Angelichts dieser schier-unglaublichen Verhältnisse erludien wir zum wiederholten Male, die Besammlungsberichte kürzer abzufassen und weniger kritisch einzuwenden, diese dann aber auch so kurz wie möglich zu halten. Es ist doch auch gar nicht nöthig, daß noch immer so viele Mittheilungen, besonders Stellungnahmen, mit mehr oder weniger langen Resolutionen über die Lohnabkommen an den „Korr.“ gelangen lassen. Auch bei weitemer Zusammenfassung können sie mehr als solche Erklärungen bis zum nächsten Lohabschluss untergebracht werden. Wir bitten, drängen, davon mehr Abstand zu nehmen. Unter dem noch größten Lager, alter Artikel wird nun schärfe, Mülterung, gehalten werden; das meiste davon muß unter den obwaltenden Umständen unerschaffen bleiben. Aus der zwingenden Veranlassung heraus, den Papierverbrauch zu beschränken, werden nunmehr auch häufiger Abreibungen erfolgen. Vom Güten nur das Beste, dann wird der „Korr.“ lenkbarer sein als gepädigt mit Überflügeln und Minderwertigen.

Preiserhöhung für Einzelgenuss des „Korr.“ Die außerordentliche Papierpreiserhöhung zwingt dazu, für das einzelne Exemplar von 1. Oktober ab einen Verkaufspreis von 1 M. zu nehmen. Bei Bestellungen bitten wir, das Porto nach dem jeweilig geltenden Posttarife gleich mitanzuwenden, damit nicht noch mehr Kosten entstehen.

Sozialistischer Antrag zur Kollage der Presse. In Ergänzung unserer Ausführungen über Zwangsmaßnahmen bei der Verlegung mit Druckpapier im Vetter voriger Nummer sei noch mitgeteilt, daß im Volkswirtschafts-ausschusse des Reichstags die Unabhängige Sozialdemokratische Partei folgenden Antrag zur Kollage der Presse eingebracht hat, der auch von den Mehrheitssozialdemokraten unterstützt wurde:

Die Kollage der Presse kann mit den in dem Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Kollage der Presse vom 21. Juli 1922 beschlossenen Rückverordnungen nicht wirksam bekämpft werden. Als Teil der Verabschiedung dieses Gesetzes eingetragene ungeborene Preissteigerung bedroht die große Mehrheit der gesamten politischen Tageszeitungen mit baldigem Zusammenbrüche. Der Ausschuss fordert deshalb von der Reichsregierung die sofortige Durchführung folgender Maßnahmen: 1. Festsetzung von Höchstpreisen für Holz, Zellstoff, Zellöl und Druckpapier; 2. Zulassung der Erzeugung von Zellöl, Zellöl und Zellöl und Druckpapier zu Vereinigungen zum Zwecke der Festsetzung von Einheitspreisen und Preisausschlag unter behördlicher Mitwirkung (§ 1 Abs. 3 des Gesetzes vom 21. Juli 1922); 3. Erhöhte Abgabenbedingungen und Arbeitsbedingungen für die Presse; 4. Sicherstellung der zur Papierherzeugung notwendigen Rohstoffe: Holz, Zellstoff und Zellöl sowie des Druckpapiers.

Die Not der Presse im Reichsrat. Durch Zeitungsverleger Lenning, den Vertreter Westfalens, wurde in einer Voll Sitzung am 7. September eine Debatte über die Not der Presse eröffnet und darauf hingewiesen, daß ohne entscheidende Maßnahmen die Zeitungen bis auf ganz verschwindende Ausnahmen zum Untergange verurteilt seien. Die Herabsetzung der Infernalsteuer und des Papierpreises wurde von ihm verlangt. Reichswirtschaftsminister Schmidt legte in einer grobzügigen Rede die Schwierigkeiten der Presse eindringlich dar. Große Blätter würden auf einen Bezugspreis von 500 M. kommen müssen, wenn sie mit den jetzigen Preisen weiterarbeiten gezwungen sind. Kleine Maßnahmen, wie auch die Zwangsindizierung der Holz- und Zellstofffabrikanten, könnten nicht durchgreifend helfen; große Gesichtspunkte müßten in den Vordergrund gestellt werden. Es komme darauf an, ob die interessierten Regierungen der Einzelländer einer Ermäßigung der Holzpreise zustimmen, oder ob sich ein Weg finden lasse, ein bestimmtes Quantum Holz zu ermäßigten Preisen zur Papierbereitung zur Verfügung zu stellen. Auch Vergrößerung des Fonds zur Unterstützung der Presse käme in Betracht. Die Holzpreise seien unglücklich hoch und gingen über die Steigerungen des Dollars hinaus. Auf Grund dieser Beratung sollen besondere Informationen den einzelnen Ländern zugehen.

Freibleibende Zeitungsbezugspreise. Durch die plötzlich eintretenden Papierpreissteigerungen sind die Zeitungen und Zeitschriften häufig gezwungen, den Bezugspreis nachträglich zu erhöhen. Dielem Umstande trägt nun die Reichspost Rechnung und führt freibleibende Bezugspreise ein, und zwar vom 1. Oktober an für vierteljährig zu beziehende Zeitungen und vom 1. Januar an für halbjährig und ganzjährig zu beziehende Zeitungen. Eine nachträgliche Bezugspreiserhöhung wird, wie bisher, in der Zeitung mitgeteilt und die Bezahler gleichzeitig zur Nachzahlung durch Sachkarte an den Verleger aufgefordert. Bezahler, die dies nicht rechtzeitig tun, erhalten die Zeitung nur noch bis zu einem bestimmten Stichtag. Es muß aber dann mindestens die Hälfte der vorausbezahlten Zeit geliefert sein. Die Post teilt den Verlegern ihre Postbezieher mit, damit sie feststellen können, wer die Nachzahlung nicht geleistet hat. Von dem Bezugspreis zahlt die Post nichts zurück. Für jedes zurückgegebene Stück muß der Verleger im Gegentheil noch eine Mark entrichten.

Keine Erhöhung der Zeitungsgebühren bei der Post. Bei der Beratung der Vorlage über die neuen Postgebühren im Verkehrsbeirat ist beschlossen worden, die schon lange geplante Erhöhung der Zeitungsgebühren nicht in Wirksamkeit treten zu lassen. Dieser Beschluß dürfte auf die Not der Presse zurückzuführen sein, der damit wohlverstandlich Rechnung getragen werden soll. Dagegen ist beschlossen worden, daß für die Verpadnung der Zeitungen, soweit sie nicht von den Verlegern selbst besorgt wird, der Post ihre Selbstkosten erstattet werden, und daß vom 1. Januar 1923 ab wieder Zeitungsbestellgeld erhoben werden soll. Dadurch wird aber wieder das Publikum belastet werden. Diese Beschlüsse bedürfen

ebenso wie die neuen Postgebühren, noch der Zustimmung des Reichsrats und des Reichstagsausschusses.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer Bielebronn a. N. hat Kollege Eugen Schwick die Meisterprüfung bestanden.

Reichsdruckerei und Banknotenmangel. In der Reichsbank und den größeren Bankinstituten wurde die Bekannntmachung erlassen worden, die besagt, daß der Mangel an Banknoten auf den Streik der Reichsdruckerei in der Reichsdruckerei zurückzuführen ist. Auch in Gräbberbüch wurde der Inhalt der Bekannntmachung verbreitet. Dazu schreibt nun der Betriebsauschuss der Reichsdruckerei: Viele künstliche Stimmungsmaße, geschieht nur auf dem sehr durchsichtigen Zweck, die Arbeiterschaft, deren Lohn oder Gehalt infolge Geldmangel nicht voll ausgezahlt werden kann, gegen die Arbeiterschaft der Reichsdruckerei aufzubringen. Der Ausfall an Banknotenbrüche würde doch gleich nach Beendigung des Streiks der Berliner Reichsdruckerei und Mitarbeiter durch mehrfach in zwei Schichten geleistete Sonntagsarbeit ausgeglichen. Die eigentliche Ursache des Geldmangels ist die ungeborene Geldentwertung. Wiederholt versagte die Arbeitervertretung der Reichsdruckerei von der Direktion, daß durch Ausschüttung der zwischen dem Einführung einer dritten Schicht, die Produktion um 40 Proz. gesteigert und zugleich der sich fehlende Arbeitsmarkt entlastet wird. Dadurch wird es möglich sein, den Anforderungen der Reichsbank nachzukommen. Durch die hindalende Tendenz der Direktion in Bezug auf Einstellung von Arbeitslosen kommt die Reichsbank immer mehr in ihren Anforderungen ins Hintertreffen. Die Gesamtarbeiterschaft der Reichsdruckerei, sagt Welt darauf, öffentlich festzustellen, daß, wenn das Reich, die Industrie und die Arbeiterschaft unter dem Mangel an Geldmitteln Not leiden, die Schuld hieran nicht die Arbeiterschaft, sondern einzig und allein die Direktion der Reichsdruckerei trifft, die sich nicht entschließen kann, etwas schneller als sonst zu handeln.

Entzifferung der Hieroglyphen vor 100 Jahren. In diesen Tagen sind es 100 Jahre her, daß Champollion die altägyptische Hieroglyphenschrift entzifferte, und zwar auf Grund einer Steininschrift, die außer in gewöhnlichen und volkstümlichen Hieroglyphen auch in griechischer Sprache abgefaßt war. Der Stein befindet sich im Britischen Museum zu London. Er wurde von einem französischen Offizier im Jahre 1801 in Kollage bei Alexandria gefunden und nach der Kapitulation von Alexandria nach London geschafft. Außer für die Wissenschaft ist das Subtilium auch für die Buchgewerblüche Welt von Bedeutung. Viele Werke und wissenschaftliche Aufsätze sind in dem Jahrhundert seitdem über die Hieroglyphenschrift veröffentlicht worden; und so konnte man sich auch in buchgewerblichen Fachbüchern und Fachblättern ausführlich darüber orientieren, welche geheimnisvoller Schriftzeichen man sich in grauer Vorzeit bedient hat.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Juli 1922. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ zeigte die Arbeitsmarktlage wohl noch daselbe Gepräge wie in den Vormonaten, aber kennzeichnend sei es für die gegenwärtige Zeit, daß schon im Berichtsmonat die Geldentwertung, die nach dem Rathenau-Mord rapid einsetzte, den Beschäftigungsgrad nicht mehr so hoch wie bisher. Die ungeborene Preissteigerung der ausländischen Rohstoffe zwang schon damals viele Betriebe zu Einschränkungen. Am 1. August würden insgesamt nur noch 15425 (im Vormonat 19864) Arbeitslose gezählt. Stieron waren 10847 Männer und 4578 Frauen. 19079 Familienangehörige wurden mitemfassen. Bei den öffentlichen Arbeitsnachweiser gingen die Stellenangebote von 726526 auf 688067, die Arbeitsgeuche von 749940 auf 731959 und die Vermittlungen von 489186 auf 464552 zurück. Bei den Gewerkschaften insgesamt hat sich die Arbeitslosigkeit auf vormonatlicher Höhe gehalten. Von 598278 (6239397) durch die Zählung erfassten Mitglieder waren am Stichtag 34967 (36350) arbeitslos. Das wären 0,6 Proz. wie im Vormonat. Für die graphische Industrie, in welcher die Aufgaben des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der Buchbinder, der Lithographen und Steinbrücker, der Buchbinder, des Gutenbergbundes und des christlichen graphischen Zentralverbandes in Betracht kommen, und in Vergleich gestellt werden können, ergaben sich bezüglich der Arbeitslosigkeit (männliche und weibliche Arbeiter zusammen und im Prozentverhältnis getrennt) seit Jahresanfang folgende Ziffern:

	Verband der Buchdrucker	Mitglieder arbeitslos	Graph. und Steinbrücker	Buchbinder	Gutenbergbund	Graph. Zentralverband	Jahresbeginn	Veränderung
1922								
Januar	915	224	174	728	28	4	190814	
männlich	1,3	1,2	0,9	1,5	0,3	0,1	3,8	
weiblich	—	0,6	3,3	0,9	—	0,0	1,7	
Februar	1235	425	124	789	35	6	186974	
männlich	1,7	1,1	0,6	1,0	1,2	0,2	3,1	
weiblich	—	0,9	2,1	0,8	—	0,1	1,7	
März	1194	480	175	580	35	14	21004	
männlich	1,7	1,6	0,9	0,8	1,3	0,4	1,2	
weiblich	—	0,8	3,2	0,6	—	0,2	0,9	
April	1133	457	105	774	50	9	2117	
männlich	1,9	1,1	0,6	0,9	1,9	0,2	0,9	
weiblich	—	0,9	0,8	0,8	—	0,2	0,8	
Mai	1110	467	95	495	0	4	3194	
männlich	1,5	0,6	0,5	0,6	0,0	0,2	0,6	
weiblich	—	0,6	—	0,5	—	0,0	0,8	
Juni	1022	145	118	435	35	4	30359	
männlich	1,4	0,6	0,6	0,6	1,5	0,1	0,5	
weiblich	—	0,9	3,3	0,7	—	0,0	1,0	
Juli	1074	312	105	630	40	4	34037	
männlich	1,6	0,7	0,5	0,6	1,8	0,1	0,5	
weiblich	—	0,7	2,6	0,8	—	0,0	0,8	

Den Alten zur Ehr **Subiläumstafel** Den Jungen zur Lehr

Drucker Wilhelm Werthmüller in Dortmund, geb. in Nieder-Ingelheim: 50jähriges Berufsjubiläum. Seelige Kondition: Fr. Wilb. Kubjub, Dortmund.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Zur Erhöhung des „Korr.“-Bezugspreises. Nach der Bekannntmachung des Verbandsvorstandes an der Spitze dieser Nummer erhöht sich der Abonnementsbetrag ab 1. Oktober mit einem Male von 3 auf 36 M. bzw. für Verbandsmitglieder auf nur 6 M. vierteljährlich. Die Generalversammlung hat hierzu der Verbandsleitung Ermächtigung erteilt. Es war ein ganz unhaltbarer Zustand, daß bis zum 1. Juli d. J. der Bezugspreis 1,50 und im dritten Vierteljahre nur 3 M. betrug. Der wöchentlich einmal erscheinende „Typograph“ kostet zur gleichen Zeit 12 M., die ebenfalls wöchentlich einmal erscheinende „Graphische Welt“ 75 M. und die zweimal herauskommende „Zeitschrift“ 30 M. Was diese Fachblätter vom 1. Oktober an als Bezugspreis erheben werden, muß erst noch abgewartet werden. Auf jeden Fall wird der „Korr.“ bei seinem dreimal wöchentlichen Erscheinen mit 36 M. für Nichtmitglieder das weitaus billigste Fachorgan sein. Wenn es nicht gelingt, den jetzt verlangten Papierpreis von 84 M. für das Alfo noch herabzudrücken, würde allein das Papier für ein Exemplar des „Korr.“ vierteljährlich auf